

Irene Alt: Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Welche Chancen bietet das Wahlalter ab 16 und welche Rahmenbedingungen müssen dafür geschaffen werden? Ist beispielsweise das Internet ein geeignetes Mittel, um Kindern und Jugendlichen zu mehr Mitbestimmung und Teilhabe zu verhelfen?

Dies sind die zentralen Fragen bei der diesjährigen Kinderrechte-Fachtagung „Recht auf Beteiligung“ in Mainz, bei der rund 100 Experten Fragen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen diskutieren.

„Es geht um gesellschaftliche Verantwortung und Teilhabe für alle: für Kinder und Jugendliche aus den unterschiedlichsten Familien, egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob in sozial privilegierten oder benachteiligten Lebenslagen. Sie alle sollen sich laut und vernehmlich äußern können. Ihnen wollen wir eine Stimme geben“, erklärte Kinder- und Jugendministerin Irene Alt. Die Landesregierung setze sich dafür ein, das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken – dieses Ziel sei auch im Koalitionsvertrag festgehalten. Es gelte, junge Menschen für Politik und wichtige Zukunftsfragen zu interessieren und ihnen Verantwortung zu übertragen.

Die Kinderrechte-Tagung findet jährlich statt und steht in diesem Jahr unter dem Motto „Recht auf Beteiligung“, da die Bundesrepublik die UN-Kinderrechtskonvention vor zwanzig Jahre ratifiziert hat. Damit wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet, so dass das Kind nicht mehr nur als Empfänger von Fürsorge, Schutz und Erziehung betrachtet wird, sondern als Mensch mit eigenen Rechten: den Grundrechten auf Versorgung, Schutz und Mitbestimmung.

Kinder- und Jugendministerin Irene Alt: „Wenn wir über dieses Recht auf Beteiligung sprechen, dann reden wir nicht über ein niedliches Kinder-Thema, um ein bisschen Partizipation zu spielen. Vielmehr geht es um unsere Demokratie, ihre Zukunft, und die Zufriedenheit auch der jungen Menschen mit der Politik und der Gesellschaft, in der wir leben.“